

# Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.

Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr 40

— Erscheint wöchentlich 6 mal. —  
Bezugspreis freibleibend

Halver  
Samstag, den 16. Februar 1924

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf.  
für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen  
10 Goldpf. — Retraite 40 Goldpf. — Offertgebühren  
110 Goldpf. und Porto.

24. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Der militärische Ausnahmezustand im Reich wird vom 1. März d. J. ab aufgehoben.
- \* Die 3. Steuernotverordnung ist endlich fertig geworden und bringt eine Aufwertung für Hypotheken von 15 %.
- \* Das Reichskabinett hat den Erlass einer Verordnung zur Wänderung der Pachtordnung beschlossen.
- \* Der Ältestenrat des bayerischen Landtags hat einstimmig vereinbart, daß der Landtag am 21. Februar über seine Auflösung Beschluß fassen soll.
- \* Infolge der Vertreibung der Separatisten aus Birmaßens und anderen Städten hat die Interalliierte Rheinlandkommission schwere „Sanktionen“ über die Pfalz verhängt.
- \* Der britische Premierminister Macdonald hat am Donnerstag den deutschen Botschafter im Londoner Auswärtigen Amt empfangen.

## Gesundung der Wirtschaft.

In Zeiten eines politischen Schwebestandes — und in einem solchen befinden wir uns jetzt — ist starke politische Aktivität Vorbedingung des Erfolges. Namentlich dann ist eine solche Aktivität notwendig, wenn von der endlichen Lösung nicht eine Unwichtigkeit, sondern, wie das für uns geschehen muß, unsere ganze Zukunft als Staat, Volk und Wirtschaft abhängt. Es ist immer das Geheimnis französischer Politik gewesen, in solchen Zeiten plötzlich vorzustoßen und eine Position einzunehmen, die man dann als „selbstverständlich“ verteidigt. Wenn man aber — und das taten wir leider fast immer — die Dinge passiv der Entscheidung zutreiben läßt, dann nützt es nichts, hinterher über das Geschehene zu protestieren.

Darum ist es sehr zu begrüßen, wenn die deutsche Wirtschaft immer und immer wieder auf die Voraussetzung jedes deutschen Wiederhochkommens — nicht nur wirtschaftlicher, sondern vor allem staatlicher Art — die Blide des In- und Auslandes lenkt: auf die Wiederherstellung Deutschlands als souveränes Wirtschaftsgelände. Diese Forderung hat daher auch der Hauptausschuß des deutschen Industrie- und Handelstages, also die Vertretung der deutschen Handelskammern, in seiner Mittwochsitzung als die allererste bezeichnet und damit die Aufhebung der Ricumverträge verknüpft, die jene Wirtschaftssouveränität praktisch völlig aufheben. Überhaupt ist gerade das völlig Unbestimmte, das Willkürliche, nur durch Gewalt und einseitigen Zwang Bestimmte alles dessen, was man jetzt französischerseits ganz unbestimmt und willkürlich, gewaltsam und zwangsmäßig als „Reparationen“ bezeichnet und fordert, das Verhängnisvollste, Störendste, Hemmendste in unserer wirtschaftlichen Gegenwart. Darum verlangt der Industrie- und Handelstag als zweites die Festlegung unserer sachlichen und geldlichen Reparationsleistungen, aber eine Festlegung auf ein vernünftiges Maß. Und zu ihrer praktischen Ermöglichung ein Moratorium und die Vereinfachung einer auswärtigen Anleihe.

Wir sind im Innern kräftig an der Arbeit, die Hemmnisse wirtschaftlichen Wiederaufbaues, die Steine, die der Zusammenbruch unserer Währung uns in den Weg warf, möglichst schnell fortzuräumen. Mit scharfem unerbittlichem Messer werden die Triebe am Baum des Reichsbudgets beschnitten, aber nicht nur die ungefunten, überflüssigen, sondern auch mancher starke Ast. Aber es nützt nichts; wir müssen, müssen, müssen unser Budget in Ordnung, zum Balancieren der Ausgaben und Einnahmen bringen. Die Wirtschaft, also die Lebenskraft des Staates, hat das Recht, es zu verlangen, soll nicht eine neue Inflationsinflation über uns alle, das Letzte zerfahrend, hereinbrechen. Zu dieser Balancierung gehört aber — darüber ist man sich wohl schon alleseitig klar geworden — eine gründliche Steuerreform, die das mühselbare Gewinn teilweise ganz unrentabler Steuern durch neue, wenige, wertbeständige, gerechte und vom Volk zu tragende Steuern ersetzt.

Erst nach Erfüllung dieser allerdings überaus schwer zu bewerkstelligenden Erfordernisse kann mit Aussicht auf Erfolg auch an die Ausführung der vierten Forderung des Industrie- und Handelstages herangegangen werden; die Gründung der Goldnotenbank, die von vornherein vom Kreditbedürfnis des Reiches getrennt werden muß. Nur weil dieses von der Reichsbank so leicht „befriedigt“ werden konnte, rasste die Notenpresse, zerstörte die Inflation unsere Währung. Wenn die Tagung auch volle wirtschaftliche Freiheit, freie Preisbildung für Waren und Arbeitsleistung verlangte, so ist das — abgesehen von allem andern — eine Reaktion gegen die nun fast zehnjährigen Versuche, die wirtschaftliche Betätigung staatlich zu reglementieren. Das ist mit mehr, meistens aber mit weniger und schließlich mit gar keinem Erfolg geschehen. Der Reichswirtschaftsminister Hamann erklärte denn auch in seiner Rede bei dieser Tagung, daß „mit polizeilich-staatlichen Mitteln die Wirtschaft nicht mehr geregelt werden könne“, und daß das Reichswirtschaftsministerium sich in der Hauptsache auf eine vermittelnde Tätigkeit zwischen den aufeinanderstoßenden Interessensphären zu beschränken habe. Damit soll dem Staate aber nicht eine mancherliche „Nachwächterrolle“ zugeteilt werden, sondern das bedeutet, wie Hamann betonte, eine von pfleglichem Geist getragene Tätigkeit für alle Wirtschaftskreise, deren Ziel Freiheit der Wirtschaft ist.

Dr. Schacht sprach auf der Tagung noch über die Kreditnot und die Währungsfrage. Allerdings täuscht er sich wohl, wenn er annimmt, daß die Produktivität unserer Wirtschaft nur durch den Mangel an erforderlichem Betriebskapital eingeschränkt worden, in ihrer Kapazität, also in ihrem Leistungsvermögen aber noch unverändert vorhanden sei. Von der Vermögenssubstanz der deutschen Produktion,

von der Arbeitsmöglichkeit, ist im deutschen Ausverkauf viel, allzu viel, dahingeschwunden. Aber die Voraussetzung einer allmählichen Überwindung der Kreditnot ist zweifellos die „Gelung der Währungsfrage und die schneidigen Gegenstöße, die von der Reichsbank gegen die auf die Rentenmarkt Anstürmenden geführt worden sind, waren überaus notwendig und — haben genützt. Freilich können wir diese Kreditnot doch nur mit Hilfe des Auslandes bewältigen, eine Hilfe, die nur über die Goldwährung möglich ist. Zuerst Schaffung einer Goldkreditbank, denn die Währungsreform ist ja das Projekt Schachts, und kein törichtes, weil zwar die Wirtschaft stark von der Währung, vor allem aber, und noch viel stärker, die Gesundung der Währung von der Gesundung unserer Wirtschaft abhängig ist.

## Politische Rundschau. Deutsches Reich.

### Die Denkschrift für die Sachverständigen.

Die Denkschrift, die für die in Berlin tagenden Sachverständigen-Ausschüsse ausgearbeitet worden ist, wird unter dem Titel „Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen“ noch im Laufe dieser Woche erscheinen. Die Denkschrift bietet ein umfassendes Studienmaterial über die deutschen Wirtschaftsverhältnisse.

### Ordentliche Gerichte statt außerordentlicher.

Der Reichspräsident hat eine Verordnung auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung unterzeichnet, wonach die Durchführung der mit den Oktober-Unruhen in Hamburg zusammenhängenden Strafverfahren vor dem ordentlichen Gerichte zu erfolgen habe. Anfänglich war ein Sondergericht in diesem wie anderen Fällen vorgesehen.

### Verordnung zum Mieterschutzgesetz.

Der Fünftehnereauschuß des Reichstages beschäftigte sich zunächst mit einer Verordnung zur Änderung des Mieterschutzgesetzes. Es wird darin bestimmt, daß den zur Räumung verurteilten Mietern, die in Gebäuden gewohnt haben, die im Eigentum oder der Verwaltung des Reiches, eines Landes, einer Gemeinde oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts sind, auch dieselben Vorteile bezüglich der beschleunigten Zuweisung eines entsprechenden Ersatzraumes zuteil werden, wie sie die übrigen Mieter genießen, trotzdem die im öffentlichen Besitz befindlichen Häuser nicht der Zwangswirtschaft unterstehen. Der Ausschuß erhob gegen die Verordnung keine Bedenken.

### Beamtenaktion um Gehaltserhöhung.

Die großen Beamtenorganisationen beschlossen, an den Reichsfinanzminister ein Schreiben zu richten, in dem der Reichsfinanzminister um eine Aussprache über die Besoldungsfrage ersucht wird. Es heißt in diesem Schreiben, für die Organisation sei es von großer Bedeutung, schon jetzt die Ansicht des Finanzministers über die Aussichten einer baldigen Erhöhung der Beamtenbezüge nach der zu erwartenden Gestaltung der Finanzlage des Reiches zu hören.

### Eisenbahnbeamte bleiben Berufsbeamte.

In der Öffentlichkeit ist verschiedentlich die Befürchtung ausgesprochen worden, daß bei der jetzigen Neugestaltung der Reichsbahn eine Abschaffung des Berufsbeamtenums bei der Reichsbahn beabsichtigt sei. Vom Reichsverkehrsministerium wird diese Auffassung als durchaus unrichtig bezeichnet. Das Reichsverkehrsministerium betont ausdrücklich, daß die Reichsbahnbeamten ihre Eigenschaft als Reichsbeamte mit ihren Rechten und Pflichten nach wie vor ungeschmälert behalten.

### Die verunglückten Kommunistendemonstrationen.

Der 13. Februar ist vorbeigegangen, ohne daß es irgendwo zu größeren Demonstrationen gekommen wäre, zu denen in den kommunistischen Flugblättern aufgefördert worden war. Nur in Stettin entwickelte sich ein größerer Zusammenstoß zwischen Polizei und einer Anzahl von demonstrierenden Arbeitern. Es kam zu einer Schießerei, bei der aus der Menge ein Toter und sieben Verletzte auf dem Plage blieben, ein Polizeibeamter wurde schwer verwundet. In Hamburg, Dortmund, Blankenburg a. S. usw. blieb es bei einigen Straßenläuferungen und Verhaftungen.

### Konsumvereine und Gewerbesteuer.

Im Ständigen Ausschuss des Preussischen Landtages wurde bei der Beratung einer Verordnung über die Neuordnung der Gewerbesteuer ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Heranziehung der Konsumgenossenschaften zur Gewerbesteuer mit 15 gegen 14 Stimmen angenommen.

### Wahlen zum Saar-Landesrat.

Das Ergebnis der Landesratswahlen liegt in einer amtlichen Mitteilung vor. Danach haben erhalten: Die Zentrum 14, die Sozialdemokratische Partei 6, die Kommunisten 5, die Deutsch-Saarländische Volkspartei, Vereinigte Demokraten und Liberale, 4 Sitze, Hansebesitz und Landwirtschaft 1 Sitz, der Saarbund und Deutschnationale keinen Sitz. Die alten Führer, die bisher im Landesrat saßen, sind durchweg wiedergewählt.

### Gilbert des Landesverrats beschuldigt.

Major Gilbert, der angeblich bei dem Anschlag auf den General von Seeckt eine Rolle spielte, wurde dem zuständigen Richter vorgeführt, der unter der Beschuldigung des Landesverrats und des Verrates militärischer Geheimnisse einen Haftbefehl gegen ihn erließ und ihn in Haft behielt. Mit dem geplanten Anschlag auf General von Seeckt hat dieses Vergehen nichts zu tun.

## Großbritannien.

X Schwierigkeiten für Macdonald. Das Arbeiterkabinett soll vor seinen ersten Schwierigkeiten stehen. Es verlautet, daß Ramsay Macdonalds Gesundheit und Kraft der schweren Aufgabe des Premierministers und des Außenministers nicht völlig gewachsen seien, so daß bereits in nächster Zukunft die Ernennung eines Außenministers in Erwägung gezogen werden müßte. Die Erklärung Asquiths, daß die Liberalen auf die Aufhebung des Verbotes des gleichzeitigen Empfanges von Zahlungen der Armen- und Arbeitslosenunterstützung nicht verzichten werden, hat eine schwierige parlamentarische Lage geschaffen, da die Konservativen entschlossen sind, die Aufhebung dieses Verbotes zum Gegenstand eines Vorstoßes gegen das Kabinett zu machen. Macdonald ist an einer Grippe erkrankt.

## Aus In- und Ausland.

Berlin. General v. Seeckt ist zu einer Truppenbesichtigung nach Thüringen abgereist.

Berlin. Das preussische Staatsministerium hat auf Antrag des Ministerpräsidenten Brauns sein Recht zur Verleihung ziviler Kreuze für besondere Verdienste im Weltkrieg auf das Reichswirtschaftsministerium übertragen.

Leipzig. Die Untersuchung im Verfahren gegen den früheren Ministerpräsidenten Zeigner ist jetzt geschlossen worden. Demgemäß ist mit der Hauptverhandlung für Mitte März zu rechnen.

Braunschweig. Das braunschweigische Staatsministerium hat die Stadtverordnetenversammlung von Harzburg aufgelöst.

München. Die Entlassung des erkrankt gewesenen Oberlandesgerichtsrats Böhrner aus der Haft erfolgte gegen Ehrenwort. Für den Hitlerprozeß ist er verhandlungsfähig. Oberleutnant Bernet, der Stiefsohn des Generals Ludendorff, ist aus der Schutzhaft entlassen worden.

Rom. Der Papst ist erkrankt. Es scheint sich um eine leichte Grippe zu handeln.

Christiania. Das Organ der norwegischen Arbeiterpartei teilt mit, daß Norwegen beschlossen habe, Rußland anzuerkennen. Es bedürfte nur noch der Unterzeichnung der Noten.

## Aufhebung des Ausnahmezustandes Ab 1. März.

Der Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, hat am Mittwoch an den Herrn Reichspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichspräsident! Sie haben mir durch Ihre Verordnung vom 8. November 1923 außerordentliche Vollmachten übertragen. Ich glaube, daß die Aufgabe, die mir damit zufiel, im allgemeinen erfüllt ist; die Staatsautorität ist so gestärkt, daß die unter dem Ausnahmezustand eingeleitete Sanierung unseres Staats- und Wirtschaftslebens auch ohne ihn weitergeführt werden kann. Ich schlage daher vor, die Verordnungen vom 26. September und vom 8. November 1923 zu Anfang März aufzuheben. Falls Sie, sehr verehrter Herr Reichspräsident, diese meine Auffassung teilen, bitte ich, sie vor Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Ihr ergebener  
gez. v. Seeckt.

Der Herr Reichspräsident hat hierauf am Donnerstag folgendes geantwortet:

Sehr geehrter Herr General! Auf Ihr gestriges Schreiben erwidere ich Ihnen ergebenst, daß ich Ihrer Auffassung über die Lage durchaus beitrete und demgemäß in Übereinstimmung mit dem Herrn Reichskanzler beabsichtige, die Verordnungen über den Ausnahmezustand zum 1. März aufzuheben. Ich benutze diese Gelegenheit, um Ihnen, sehr geehrter Herr General, namens des Reiches aufrichtigen Dank zu sagen für die großen Dienste, die Sie in den letzten Monaten unserem Vaterlande geleistet haben. Als im vergangenen Herbst die durch äußere Bedrückung und innere Schwierigkeiten aller Art erzeugte Stimmung größerer Volksteile das staatliche Gelingen und die Existenz des Reiches ernstlich bedrohte, haben Sie in selbstloser Einsetzung Ihrer Person das schwierige und unbedingbare Amt übernommen, Ruhe und Sicherheit im Lande wiederherzustellen und damit den Boden zu schaffen, auf dem die harten vom ganzen Volke Opfer erheischenden Maßnahmen unserer wirtschaftlichen und finanziellen Gesundung durchgeführt werden konnten. Es ist mir daher lebhaftes Bedürfnis, Ihnen selbst, Herr General, wie der Reichswehr für die Durchführung dieser schweren Aufgabe herzlichsten Dank auszusprechen.

Mit der Versicherung meiner besonderen Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener  
gez. Ebert.

## Gegen umstürzlerische Bestrebungen.

Der Reichskanzler hat nach erzieltm Einverständnis über die demnächstige Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes bei den beteiligten Reichsministern eine Prüfung der Frage veranlaßt, in welcher Weise durch besondere Maßnahmen umstürzlerischen Bewegungen in Zukunft wirksam entgegenzutreten ist.

## „Sanktionen“ für die Pfalz.

### Belagerungszustand und Kriegsgerichte.

In Paris schreibt man um 11 Uhr für die Vorgänge in Birmaßens, und die Rheinlandkommission hat sich unverweilt hingeseht und folgende „Sanktionen“ verfügt:

1. Die Rheinlandkommission hat einstimmig den Belagerungszustand über Birmaßens und Umgegend

geschlossen. 2. Die Rheinlandkommission hat einstimmig die Aufhebung der nationalistischen Vereine von Pirmasens beschlossen. 3. Die Urheber der Unruhen werden vor ein Kriegsgericht gestellt. 4. Der Verkehr in der Nacht ist verboten. 5. Der Verkehr auf den Rheinbrücken ist verboten. 6. Die deutsche Polizei wird unter Befehl der Militärbehörde gestellt.

In Pirmasens selbst ist nach den Kämpfen Ruhe eingekehrt. Von den im Krankenhaus liegenden Schwerverletzten sind noch zwei Separatisten und ein Einwohner gestorben; drei der Verwundeten schweben in Lebensgefahr. — In Kaiserslautern wurden ein Separatist und zwei Einwohner getötet. Marokkaner bewachen die Straßen. Kämpfe entwickelten sich auch in Dürkheim, wo die Bevölkerung die Separatisten angriff und mehrere von ihnen niederschlug. Französische Truppen rückten ein, ebenso in Neustadt a. d. S.

**Interalliierte Wiederherstellungsausschuss.**

Mit Rücksicht auf die Unruhen in der Pfalz hat die Rheinlandkommission einen aus einem französischen, einem belgischen und einem englischen Offizier bestehenden Sonderausschuss beauftragt, sich in die Pfalz zu begeben, um die zur Wiederherstellung der Ordnung nötigen Maßnahmen zu erwägen und zu treffen. Dieser Ausschuss soll gleichzeitig zwecks Erfüllung seiner Aufgabe mit dem Pfälzischen Kreistag und dem Militärischen Oberkommando in Verbindung bleiben.

## Steuernotverordnung unterzeichnet.

**Aufwertung auf 15 %.**

Nachdem die letzten Besprechungen der Reichsregierung mit Vertretern der Länder stattgefunden haben, ist die dritte Steuernotverordnung nunmehr unterzeichnet und wird sofort im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden. Die Aufwertungsfrage ist dahin entschieden worden, daß die Aufwertung auf 15 % festgelegt worden ist. Der Schuldner kann mit Rücksicht auf besondere wirtschaftliche Verhältnisse eine Herabsetzung der Aufwertung verlangen. Als Goldmarkbetrag gilt bei Forderungen aus der Zeit vor dem 1. Januar 1918 der Nennbetrag.

Bei den öffentlichen Anlagen wird die Aufwertung des Kapitals und Zinsanspruches ausgeschlossen, und zwar bis zur Erledigung sämtlicher Reparationsverpflichtungen, während in dem ursprünglichen Entwurf es offengelassen wurde, ob, wie und wann eine solche Aufwertung erfolgen soll. Geblieben ist in der endgültigen Verordnung die Inflationssteuer, enthalten sind in der endgültigen Verordnung auch die Bestimmungen betreffend die bebauten Grundstücke. Die Festsetzung des Aufwertungsmaßes wird den Ländern überlassen und vorgesehen, daß den Hausbesitzern vom 1. April 1924 ab mindestens 30 % der Goldmiete zur Verteilung der Inflationssteuern verbleiben müssen.

## Verordnung über Fürsorgepflicht.

**Berlin, 14. Februar.**

Durch die dritte Steuernotverordnung werden mit Wirkung vom 1. April 1924 Fürsorgeaufgaben, die bisher zu Lasten des Reiches durchgeführt worden sind, den Ländern unter gleichzeitiger Zuweisung von Steuermitteln übertragen. Die Verordnung über die Fürsorgepflicht überträgt die Durchführung dieser Aufgaben — insbesondere diejenigen der Sozial-, Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge sowie der Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner — Fürsorgeverbänden, die von den Ländern zu bilden sind. Die Rentenversorgung für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene und die Heilversorgung bleiben nach wie vor Sache des Reiches, die Sozialversicherung Sache der Versicherungsträger. Um Schwierigkeiten in der Übergangszeit zu erleichtern, gewährt das Reich den Ländern Zuschüsse und nötigenfalls Vorschüsse. Befürchtungen, daß die Durchführung der Fürsorge gefährdet sei, sind daher unbegründet.

## Präsident Ebert an General Allen.

**Die Trauer für Wilson.**

Der frühere Kommandeur der amerikanischen Truppen am Rhein und jetzige Vorsitzende des Komitees für deutsche Kinderhilfe in den Vereinigten Staaten, General Henry L. Allen, hatte bekanntlich aus New York ein Telegramm an den Reichspräsidenten geschickt, in dem

## „Tote, die leben“

**Roman von A. Gottner-Grefe.**

**12) Nachdruck verboten.**

„Nochmals: Ich ersuche sofort um eine Erklärung“, sagte Rolf Jewein.

Man sah es: seine Geduld war vollkommen am Ende. In diesem Augenblick kam Pfiff die Stiege herauf. Man hörte deutlich seinen schweren, keuchenden Atem. Mit schweren, tappenden Schritten kam er vorüber an Rolf und Hedwig. Die Herren wichen unwillkürlich auseinander. Was hatte der Hund? Trauerte er? Wie betrunken schien er. Mit einem Geheul, das erschütternd wirkte, stürzte Pfiff vorwärts, rief die dunkle Pflichtbede, welche Doktor Seifert über die Leiche gelegt hatte, herab und warf seinen großen Körper neben dem Toten hin.

Rolf und Hedwig sahen die Sonne auf das fahle, steinene Antlitz Werner Jeweins.

Rolfs Arme lösten sich von Hedwig. Kein Laut kam über die Lippen des jungen Mannes. Das Mädchen trat taumelnd zur Seite. Und an ihr vorüber ging Rolf Jewein mit unsicheren, tastenden Schritten vorwärts, bis er dicht neben dem Lager stand, auf das man den Toten gebettet hatte.

Golberg's Gassen warf die Sonne darüber hin und in ihrem Schein lagerte das eiserne Antlitz gültig dem Sohne entgegen.

Eine Stunde später war Rolf Jewein wieder soweit gewichen, daß er insstande war, auch die Einzelheiten dieses tragischen Geschehnisses zu vernehmen. Ernst Richter hatte die schwere Aufgabe übernommen, dem jungen Freunde alles zu sagen.

Der Bezirksrichter und Doktor Michel hatten sich in Jeweins Zimmer zurückgezogen, während der Förster fortgegangen war, um den Wagen aus der Försterei zu holen.

Die Herren hatten sich von der alten Katrin eine Flasche Wein bringen lassen, denn allen beiden war klar, daß Hedwig, die kranke Katrin in der Küche am Herd und bei dem kochenden Kaffee zog von dort durch das Haus.

Das Leben lagerte sein Recht wie an jedem Tage, so auch heute.

Obwohl Rolf sich nicht mehr dem Tode mit einem Lächeln

darauf hingewiesen wurde, daß der Maggenzweijer in Washington eine äußerst schädliche Pressepolitik sowohl in Amerika als auch in Deutschland hervorgerufen hätte. Auszüge aus denselben Zeitungen würden nach Amerika telegraphiert und üben eine verhängnisvolle Wirkung auf das amerikanische Hilfswerk für deutsche Kinder aus.

Reichspräsident Ebert sandte nun folgendes Antworttelegramm an Allen: Wie mir Ihr Telegramm zu meinem lebhaften Bedauern beistimmt, hat es in den Vereinigten Staaten zu beklagenswerten Mißdeutungen geführt, daß die Flagge auf der deutschen Botschaft in Washington nicht schon auf die erste Nachricht vom Ableben des früheren Präsidenten Wilson, sondern erst am Tage seiner Beisetzung auf Halbmast gehißt worden ist. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen zu versichern, daß das deutsche Volk an der nationalen Trauer des amerikanischen Volkes, dessen hochherzige Liebesbereitschaft zur Linderung der Not in Deutschland hier niemals vergessen werden wird, den aufrichtigsten Anteil nimmt.

## Die Beleidigungsflage des Reichspräsidenten.

**Zurückziehung wegen mangelnden Interesses.**

Vor einiger Zeit wurde mitgeteilt, Reichspräsident Ebert habe die gegen einen Dr. Gausser in München gerichtete Beleidigungsflage zurückgezogen. Gausser hatte die Behauptung aufgestellt, der Reichspräsident sei ein Landesverräter, weil er 1917 Leiter im Munitionsarbeiterstreik gewesen sei. An diese Mitteilung knüpfte sich eine Reihe von Presseerörterungen. Von unterrichteter Seite wird jetzt gemeldet, bei der geschehenen Beweisaufnahme habe sich ergeben, daß der Reichspräsident weder direkt noch indirekt mit dem Ausbruch des Streiks etwas zu tun gehabt habe, und nach anfänglicher Weigerung schließlich in den Streik einzugreifen versuchte aus dem einzigen Grunde, Schlimmeres zu verhüten und ihn möglichst schnell beizulegen.

Trotzdem die Beweisaufnahme eine Klärung des Sachverhalts ergeben hätte, habe das Schöffengericht München den Reichspräsidenten zur nochmaligen Vernehmung in der Hauptverhandlung vorgeladen. Da diese persönliche Vorladung sich mit den Vorschriften der Strafprozedurordnung und mit der staatsrechtlichen Stellung des Reichspräsidenten nicht vereinbaren ließe und der tatsächliche Sachverhalt durch die Beweisaufnahme völlig aufgeklärt sei, habe der Reichspräsident auf Anraten seines Rechtsbeistandes den Strafantrag zurückgezogen. Es bestand nun so aber kein Interesse an dem Verfahren mehr, da dieses sich schon seit mehr als 19 Monaten hinzieht.

## Stand der Lebenshaltungskosten.

**Um 1 % gesunken.**

Die Reichsrichtzahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, 11. Februar, auf das 1,03-Billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,04 Billionen) ist demnach eine Abnahme von 1,0 % zu verzeichnen.

**Steigerung der Großhandelspreise.**

Die auf den Stichtag des 12. Februar berechnete Großhandelsindexzahl des Statistischen Reichsamts ergibt gegenüber dem Stande vom 5. Februar (113,9) eine Steigerung um 1,3 % auf 115,4. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel um 9,8 % auf 99,7, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 7,7 % auf 14,7 % auf 78,8, die Industriestoffe um 14,3 % auf 1,2 % auf 14,9 (Kohle und Eisen mit 137,3 nahezu unverändert), ferner die Inflationswaren um 10,2 % auf 1,5 % auf 103,7, die Einfuhrwaren um 17,6 % auf 0,9 % auf 174,1.

## Vokales und Provinzielles.

**Salver, den 16. Februar 1924.**

□ Änderungen bei der Erhebung der statistischen Gebühren. Die Reichsregierung veröffentlicht im Reichsanzeiger eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung über die statistischen Gebühren. Mit Rücksicht auf die Geldentwertung waren die Gebühren in den letzten 1 1/2 Jahren nach dem Werte der Waren erhoben worden. Nach den neuen Bestimmungen sind sie wieder wie früher nach der Menge der Waren zu entrichten und zwar durchweg durch Aufkleben statistischer Stempelmarken auf den Anmeldepapieren. Die Marken

schonend auf ihn ein. Er hatte das Tuch wieder über den Toten gedeckelt. Zwei der zierlichen Korbfesseln hatte er dicht aneinander gerückt und Rolf war schwerfällig in den einen gesunken, während Richter in dem zweiten Platz nahm.

Hinter ihnen, in dem dunkelsten Winkel, kauerte Hedwig auf dem kleinen Cassio.

Das junge Mädchen weinte jetzt nicht mehr. Aber in ihren Augen lag etwas Wirres und so Verwirrtes, daß der Blick jedem weh tun mußte. Pfiff hatte sich dicht an sie herangedrängt und wühlte seinen schönen Kopf tief in die Falten ihres Kleides, als wolle er nichts mehr sehen von dem Schrecklichen, das seinen Herrn betroffen hatte.

Es dauerte sehr lange, bis Rolf auch nur halbwegs begriff, wie das Unheil geschehen sein sollte. Dann aber, als er verstand, was Richter und die beiden anderen Herren annehmen, als ihn, nachdem er Hedwigs Brief an seinen Vater und die Aufzeichnungen in dessen Notizbuch gelesen hatte, die Zusammenhänge endlich klarer wurden, sprang er jäh auf.

„Was redest du da?“ rief er außer sich, „Hedwig soll Vater — erschossen haben? Hedwig, die so unendlich hing an ihm? Die ihn liebte, als wäre sie sein Kind? Bist du denn wahnsinnig? Seid ihr alle verrückt?“

Draußen klang ein Peitschenknall und Räderrollen. Doktor Michel trat im nächsten Zimmer ans Fenster.

Gleich darauf kam Georg Seifert herein.

„Der Wagen ist da, Fräulein Hedwig“, sagte er. „Ziehen Sie Ihre Jacke an. Wo ist der Hut? Sie fahren jetzt sofort mit Herrn Richter weg. Nach Wien.“

Hedwig stand taumelnd auf. Unsicher blickte sie von Seifert zu den anderen.

Katrin kam mit dem einfachen Hut des jungen Mädchens und mit den Handtaschen.

Wie ein Automat nahm Hedwig alles. Strich über ihr verwirrtes Haar. Sehte den Hut auf.

Rolf trat mit klärendem Blick heran.

„Was soll das alles? Wohin führen Sie Hedwig?“ fragte er scharf.

Doktor Seifert räusperte sich.

„Sie muß selbstverständlich auf das Polizeikommissariat. Dort muß sie alle ihre Aussagen wiederholen. Was dann geschieht, das weiß ich nicht. Ich fahre später nach. Vielleicht noch hier genaue Aufnahmen machen.“

Hedwig sah ihn an Rolf an.

selbst sind auf wertbeständige Grundlage gestellt und im Beträgen von 5, 10 und 50 Pfennig, sowie 1 und 5 Mark bei den Anmeldestellen (Poststellen und Postanstalten) zu erhalten. Die bei der letzten Neuordnung der Gebühren vorgenommene Einschränkung der Befreiung von der Gebührenpflicht bleibt bestehen.

**Aufwertung von Sparkassenguthaben.**

Wie der Hypothekengläubigerschutzverband für das Deutsche Reich mitteilt, hat die Waldburger Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen, die Sparkassenanlage bei der Städtischen Sparkasse freiwillig aufzuwerten und zwar entsprechend der Geldentwertung die in dem betreffenden Jahre stattgefunden hat. Der Magistrat hat in seiner Begründung ausgeführt, daß er glaubt, einer Ehrenpflicht der Stadt nachkommen zu müssen. — Es erscheint jedoch ausgeschlossen, daß sich alle deutschen Stadtverordnetenversammlungen dem Waldburger Vorgehen anschließen können, wo besonders günstige Verhältnisse vorzuliegen scheinen. Eine allgemeine Aufwertung der Sparkassenguthaben würde ungeheure Gelder verschlingen, über die wir leider nicht verfügen, abgesehen davon, daß wir in finanzieller Hinsicht seit Versailles mehr als gebunden sind.

**Kierspe, 15. Febr.** Die Maul- und Klauenseuche ist erloschen bei Fr. Rich. Plate in Kierspe sowie Jos. Meier in Höferhof. Neu ausgebrochen ist die Seuche unter dem Viehbestande der Frau Haase in Rönahl. Den Sperrbezirk bildet das Gehöft der Frau Haase.

**Kierspe-Bhl., 15. Febr.** Der Kreisverband der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen des Volkes hatte am 9. d. Mts. zu einer Sitzung nach hier eingeladen. Der 1. Vorsitzende eröffnete um 6 Uhr die Sitzung und begrüßte in herzlichen Worten die erschienenen Ortsgruppen. Anwesend waren die Vorstandsmitglieder der Ortsgruppen Meinerzhagen, Halber, Schalksmühle und Kierspe. Infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse war es seit langer Zeit unterblieben, eine Sitzung des Kreisverbandes einzuberufen. Umso mehr fühlte man das Bedürfnis, für die Zukunft wieder öfter zusammen zu kommen. Da sätzungsgemäß der Vorstand neu zu wählen war, erledigte man dies unter Punkt 1 der Tagesordnung. Es erfolgte Wiederwahl durch Zuruf und blieb nur der Schriftführerposten neu zu besetzen, da der bisherige Schriftführer infolge Krankheit seinen Posten niederlegen mußte. Der Vorstand besteht nunmehr aus folgenden Mitgliedern: 1. Kreisvorsitzender Biehauer, Kierspe, 1. Schriftführer Bickenbach, Kierspe, 1. Kassierer Bohmer, Kierspe. Unter Punkt 2 erledigte man die Beitragsfrage. Es wurde beschlossen, vorläufig von einer festen Beitragssumme abzusehen. Die entsprechenden Unkosten sollen durch Umlageverfahren von den einzelnen Ortsgruppen erhoben werden. Hierbei kam man auch auf die Verbandsangelegenheit zu sprechen, und war somit beim dritten Punkt der Tagesordnung angekommen. Infolge der Inflation des Papiergeldes waren die meisten Ortsgruppen aus dem Verband ausgestiegen und haben es bis heute unterlassen, sich erneut wieder anzumelden. Die nützbringende Tätigkeit des Verbandes wurde von verschiedenen Kameraden stark angezweifelt, jedoch konnte man selbige eines anderen belehren, da genügend Beweismaterial seitens des Verbandes vorlag. Dieses wurde alsdann eingehend besprochen, damit in den Ortsgruppenabenden erschöpfende Auskunft erteilt werden kann. Gegen 8 Uhr konnte die Sitzung geschlossen werden und wurde allgemein der Wunsch ausgesprochen, recht oft zusammen zu kommen, denn nur fester Zusammenhalt verbürgt ein segensreiches Arbeiten zum Nutzen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.

**Brügge, 15. Febr.** Am 2. März, will der Evang. Verein noch einmal das im Nov. v. Js. mit so großem Beifall gpielte Stück aus der Reformationszeit aufführen. Der Reinertrag ist bestimmt zum Besten bedürftiger Konfirmanden unserer Gemeinde. Die Ausführung findet im Niggeloh'schen Saale statt.

**Büdenscheid, 15. Febr.** Die Gewerbebank e. G. m. b. G. hat in ihrer am Dienstag veranstalteten außerordentlichen Generalversammlung beschlossen, die Spar-

„Ich aber weiß es“, sagte sie bestimmt. „Man wird mich nicht mehr freilassen. Ich bleibe in Haft. Und eigentlich ist das ja ganz selbstverständlich, denn alles, alles spricht ja gegen mich. Und keiner wird an mich glauben!“

„Keiner, außer mir!“

Rolf sprach die Worte leise und es lag eine solche Wärme in dem Ton, das ein tiefes Not in das feine Mädchen Gesicht stieg. Der junge Mann trat ganz nahe an sie heran.

„Was in Vaters Notizbuch steht, Hedwig, das ist wahr. Diese furchtbare Stunde hat es mir deutlich gezeigt: Wir leben uns.“

Wie in Abwehr hob das Mädchen beide Hände.

Aber Rolf haschte nach diesen Händen und hielt sie fest.

„Es ist alles noch ganz dunkel und furchtbar“, sprach er. „Und eines bleibt: Unser Vater ist tot. Was ich, was wir alle an ihm verlieren — das ist nicht auszudenken. In einem aber hat er, trotz all seiner Liebe zu uns, doch geirrt: Von einander lassen werden wir nicht. Du bist unschuldig. Keine Macht der Welt wird mir je diesen Glauben nehmen. Alles andere muß sich auflösen. Sei mutig, Hedwig“, — der allgewohnte Rosenname trieb ihr wieder das Blut in die Wangen — „halt fest an der Wahrheit und denke immer: Ein Mensch glaubt an mich! Und dieser eine wird alles, alles tun, um dein Schicksal aufzuklären.“

„Rolf“, schluchzte Hedwig auf.

Trotz allen Unglücks flog ein Blick voll Vertrauen, tiefer Liebe von einem zum andern.

Dann hob das Mädchen stolz den Kopf.

„Herr Doktor Seifert“, sagte sie, „ich bin bereit. Nur eins gefallt Sie mir noch: Ich möchte Abschied nehmen von Onkel Werner.“

Seifert trat beiseite. Sie aber kniete neben dem Toten hin, faltete die Hände und barg ihren Kopf neben dem feintgen auf dem Polster. Einige Minuten verharrte sie so. Dann machte sie über der Leiche das Zeichen des Kreuzes und erhob sich. Noch einmal sah sie nach Rolf zurück. Dann schritt sie, anscheinend ruhig, zwischen den beiden Herren zur Tür hinaus. Eine Minute später rollte der Wagen davon.

(Fortsetzung folgt.)

